

Simonis, Udo E.

Research Report — Digitized Version

Probleme des Wirtschaftswachstums und des Strukturwandels in den Entwicklungsländern: das Beispiel Kenya

Afrika heute, Sonderbeilage, No. 11/70

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1970) : Probleme des Wirtschaftswachstums und des Strukturwandels in den Entwicklungsländern: das Beispiel Kenya, Afrika heute, Sonderbeilage, No. 11/70, Deutsche Afrika-Gesellschaft, Bonn

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112680>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Probleme des Wirtschaftswachstums und des Strukturwandels in den Entwicklungsländern - Das Beispiel Kenya

Udo Ernst Simonis

Einleitung

In der Darstellung der ökonomischen und politischen Probleme Afrikas vertritt der „Pearson-Bericht“ die These, daß „... in general there has been more progress toward national consolidation than toward economic development“¹⁾. Er begründet dies u. a. damit, daß die Unabhängigkeit zu einer so starken Nachfrage der Ressourcen für die Behauptung der nationalen Souveränität (Verwaltung, Armee, Polizei, Rechtswesen) und der Verbesserung der sozialen Einrichtungen (Gesundheitsfürsorge, Schulwesen, Sozialversicherung) geführt habe, daß für wachstumsnotwendige direkt-produktive Investitionen zu wenig übriggeblieben sei, und er meint weiterhin, daß in vielen Ländern – insbesondere in Ost- und Zentralafrika – die Notwendigkeit einer gleichzeitigen „Afrikanisierung“ und befriedigenden Entwicklung der Wirtschaft zu sehr schwierigen Problemen geführt habe.

Kenya gehört wohl mit zu den Ländern, die hier gemeint sind.²⁾ Der folgende Beitrag zielt nicht expressis verbis auf eine Verifizierung oder Falsifizierung dieser Thesen. Es wird aber davon ausgegangen, daß in der jetzigen Phase von Theorie und Praxis vertikale und horizontale Strukturanalysen und Strukturvergleiche verstärkt notwendig werden für das Verständnis der langfristigen Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung. Und damit sind auch die in obigem Zitat aufgeworfenen Fragen angesprochen.

Entwicklung und Entwicklungsstand

Kenya hat von den drei Ländern der Ostafrikanischen Gemeinschaft die am weitesten entwickelte Wirtschaft, weist aber dennoch die wesentlichen Merkmale der wirtschaftlichen Unterentwicklung auf, wie niedriges Niveau der wirtschaftlichen Tätigkeit, großer Anteil der Subsistenzproduktion und unausgeglichene Produktionsstrukturen, hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Rohstoffexport – Fertigwarenimport – Außenhandelsbilanz:

BIP rund 500 Mill. K£, BIP pro Kopf und Jahr rund 4,5 K£, gesamte Erwerbsquote ca. 11 %, Quote der unselbstständig Beschäftigten (Festeinkommensbezieher) 6,3 %, Quote der Analphabeten ca. 70 %, Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung ca. 90 %, Beitrag der Landwirtschaft zum BIP zwischen 35 und 40 %, Anteil der landwirtschaftlichen Produkte am Gesamtvolumen ca. 75 %. Hinzu treten starke

regionalwirtschaftliche und technische Diskrepanzen, die insgesamt das Bild einer wenig integrierten Volkswirtschaft ergeben.

Entwicklungsökonomisch steht Kenya damit zunächst drei großen Problemkomplexen gegenüber: der Notwendigkeit einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität bei Ausweitung der Nutzfläche, einer raschen arbeitsintensiv orientierten Industrialisierung, die beide eng mit der Erhöhung des allgemeinen Bildungsgrades, besonders der technischen Fähigkeiten verknüpft sind, sowie einer ideenreichen, fördernden Wirtschaftspolitik.

Doch sind insgesamt – und trotz des relativ späten Beginns der Wirtschaftsentwicklung – in Kenya recht eindrucksvolle Erfolge erzielt worden: der Entwicklungsstand der Wirtschaft hat sich besonders in den letzten Jahren relativ rasch erhöht.³⁾ Zwischen 1950 und 1960 erreichte Kenya eine Wachstumsrate von knapp 5 % jährlich. Zwischen 1963 und 1967 stieg das BIP (in jeweiligen Preisen) bei zeitweisen Schwankungen von 327 Mill. K£ (1963) auf 449,5 Mill. K£ (1967) oder um durchschnittlich 7,3 % jährlich an (Berechnung des monetären Sektors und Schätzungen im nicht-monetären Sektor). In konstanten Preisen betrug die Wachstumsrate in diesem Zeitraum durchschnittlich 6,3 % jährlich, was der Zielgröße des laufenden Plans entspricht. Vorläufig endgültige Ergebnisse zeigen für 1968 ein Wachstum von 6,6 %; noch nicht bestätigte Meldungen vom Februar 1970 für das Jahr 1969 ergeben, daß die geplante Wachstumsrate von 6 % nicht ganz erreicht werden konnte. Trotz der hohen Zuwachsrate der Bevölkerung ist in diesem Zeitraum damit eine Verbesserung des BIP pro Kopf von rund 3 % jährlich zu verzeichnen gewesen. Das BIP pro Kopf und Jahr stieg (in jeweiligen Preisen) nach den neuesten Berechnungen von umgerechnet DM 390 (1963) auf rund DM 465 (1967) und rund DM 490 (1969) an.

Bei der Entstehung des Sozialproduktes zeigt sich eine Abnahme der relativen Bedeutung der Landwirtschaft, die 1963 (monetäre Landwirtschaft und monetäre Subsistenzwirtschaft zusammen) noch 39%, 1968 nur mehr 35% des BIP erstellte. Im gleichen Zeitraum war der Anteil der verarbeitenden Industrie am BIP (1960 = 9,0 %) von 9,4 % auf knapp 12 % angestiegen; die entsprechenden Werte für das Bauwesen lauten 2,8 % und 3,3 %, für den Handel 12,3 % und 14,2 %, während die Anteile der anderen Wirtschaftsbereiche am BIP nahezu unverändert blieben.

Bei der Verwendung des Sozialproduktes ist zunächst der Anteil des ins Ausland fließenden und Kenya verlorengel-

henden Faktoreneinkommens bemerkenswert. Die Investitionen erreichten in den letzten Jahren eine beachtliche Höhe (45,1 Mill. K£ 1963, 81,2 Mill. K£ 1967); die Investitionsquote selbst stieg in dieser Zeit von knapp 14 % auf rund 19 % an. Ausführliche Ergebnisse über die funktionelle, personelle und institutionelle Verteilung des Sozialprodukts liegen bisher nicht vor. Die vorhandenen Angaben machen aber deutlich, daß die Verteilung noch ausgeprägt ungleichmäßig ist, wenn auch Tendenzen zur Einkommensstrukturveränderung vorhanden sind und ein politisches Schwergewicht auf eine gleichmäßigere Einkommensverteilung gelegt wird (mittels Steuerprogression, Bodenreform, verbesserten sozialen Einrichtungen). Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit ist im ganzen (besonders im öffentlichen Dienst) kräftig gestiegen (von 94,2 Mill. K£ 1963 auf 139,4 Mill. K£ 1967), die Lohnquote selbst hat sich jedoch kaum erhöht.

Die Kaufkraft der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung bleibt auch weiterhin äußerst niedrig. Kaufkräftige Bevölkerungskreise sind die – gemessen am Einkommensniveau gleicher Berufe in Industrieländern überdurchschnittlich gut bezahlten – Europäer, der größte Teil der Asiaten und eine kleine, aber wachsende afrikanische Mittelschicht, insgesamt schätzungsweise 10 % aller Beschäftigten. Verschiedene Kommissionen zur Überprüfung der unterschiedlichen Lohnhöhen haben einen raschen Abbau der Fachkräfte aus Übersee empfohlen, was jedoch aus Gründen der Beibehaltung des Produktionsniveaus scheitern mußte, da qualifizierte Afrikaner nicht in genügender Zahl zur Verfügung stehen. Überdurchschnittlich hohe Löhne und Gehälter werden (abgesehen vom öffentlichen Dienst) im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Elektrizität und der bezahlt. Insgesamt deutet die Verteilung auf ein Problem Wasserwirtschaft und in der Tabak- und Getränkeindustrie besonderer Art: bei der verschwindend niedrigen Erwerbsquote kommen durchgesetzte Löhne zunächst nur der kleinen Gruppe der regelmäßigen Einkommensbezieher zugute, sind also – insgesamt gesehen – privilegierend und lassen erst in einer zweiten Runde (sekundäre) positive Verteilungseffekte erwarten.

Um die allgemeine – und in fast allen Entwicklungsländern wachsende – „Beschäftigungsproblematik“ Kenyas zu verdeutlichen (die die „Ernährungs“- und „Bildungsproblematik“ noch übersteigt) sei hierzu noch folgendes angefügt: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nicht verbessert. Die Zahl der in einem festen Arbeitsverhältnis stehenden Personen, die 1955 einmal 615.000 betrug und nach 1960 beträchtlich zurückgegangen war, ist zwar seit 1963 gestiegen (1963 = 545.000, 1967 = 628.000), doch entspricht diese Zunahme nur einem Bruchteil der stetig wachsenden ins Erwerbsalter tretenden Bevölkerung (ca. 80.000 jährlich). 1968 betrug die Zuwachsrate an Arbeitsplätzen 1,3 %, 1969 dürfte sie kaum darüber gelegen haben (bei einer natürlichen Bevölkerungszunahme von allein 3,3 %). Außerdem muß man die Struktur der Beschäftigtenzunahme im Auge behalten: eine große Ausdehnung hat der öffentliche Dienst erfahren (1963 = 159.000, 1967 = 208.000), während die Ausweitung der direkt-produktiven Bereiche von Industrie (und Handel) dagegen eher bescheiden (1963 = 168.000, 1967 = 223.000) und die Beschäftigungszahl in der Landwirtschaft gar rückläufig war (1963 = 217.000, 1967 = 197.000).

Für das Problem der großen Arbeitslosigkeit und der großen Zahl der in den ländlichen Gebieten Unterbeschäftigten ist somit noch keinerlei Lösung angeboten. Man muß daher den Schluß ziehen, daß die Afrikanisierungspolitik der Re-

gierung (zumindest kurzfristig) für das Problem der Arbeitslosigkeit im ganzen gesehen nicht den gewünschten Erfolg brachte, da mit den Familien, die das Land verlassen, in der Regel auch Afrikaner ihren Arbeitsplatz verlieren. Die sich mit der raschen natürlichen Zunahme der Bevölkerung vollziehende Verjüngung der Bevölkerungsstruktur macht schließlich die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze immer zwingender. Hinzukommt die akute und sich verbreiternde Lücke zwischen dem Angebot an ungelerten und dem steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften.

An geschulten Arbeitskräften besteht nach wie vor akuter Mangel, wie z. B. bei Verwaltungspersonal, Managern und Technikern. Wie nirgendwo in Afrika, übersteigt auch in Kenya der Prozentsatz der Techniker und Wissenschaftler nicht 0,2 % der erwerbstätigen Bevölkerung. Für diese Mißstände ist weitgehend das Unvermögen des Erziehungssystems, sich auf die lokalen Gegebenheiten einzustellen, verantwortlich. In der Kolonialzeit war wenig zum Ausbau des Schulwesens und zur Anpassung von Lehrplänen und Lehrmethoden unternommen worden (1960 galten z. B. $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung als des Lesens und Schreibens unkundig).

Die Zunahme des allgemeinen Schulbesuchs nach der Unabhängigkeit ist sehr eindrucksvoll, hat jedoch neue Strukturprobleme geschaffen: Unterproportionalität der allgemeinen Berufsbildung und speziell der Techniker Ausbildung.

Die Strukturverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt führen dazu, daß die Politik der Gewerkschaften – die 1965 zur „Central Organisation for Trade Unions“ zusammengeschlossen wurden – sich auf dem Pfad des Konfliktes zwischen hohen Lohnforderungen und Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze bewegen muß.

Im folgenden werden die sektoralen, regionalen, betriebsgrößenmäßigen und technischen Strukturmerkmale der kenyanischen Wirtschaft eingehender dargestellt.

Produktionsstrukturen

Die einzelnen Sektoren der kenyanischen Wirtschaft sind leistungsmäßig sehr unterschiedlich entwickelt. So sind zwar von der Landwirtschaft ca. 90 % der Bevölkerung abhängig, sie erbringt aber nur 35 % des BIP, was die durchschnittlich niedrige Produktivität dieses Sektors verdeutlicht. Die jährliche Wachstumsrate der Agrarproduktion betrug in der Periode 1957 – 1965 4,3 %. Intensiv werden nur etwa 12 % der Landflächen mit Schwergewicht im südlichen Teil des Landes genutzt, während die weiten nördlichen Gebiete der Trockenheit wegen unproduktiv sind oder nur als zeitweiliges Weideland nutzbar sind. Die Landwirtschaft war historisch zwei unterschiedlichen Mustern gefolgt: die afrikanische Produktion war meist auf traditionellen Hackbau (Wanderfeldbau) ausgerichtet und überstieg das Subsistenzniveau nur selten (der Anteil der Subsistenzwirtschaft ist auch heute noch hoch, er beträgt noch immer über 50 %), während die europäischen Siedler auf Großfarmen und auf kapitalintensive Plantagenwirtschaft ausgerichtet waren und meist für den Exportmarkt produzierten.⁴⁾

Die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte, die auf den Markt gelangen, sind Kaffee, Tee, Sisal und Pyrethrum. Sisal und Tee stammen auch heute noch meist von Großfarmen, während der Kaffeeanbau bei afrikanischen Klein-

pflanzern stark angestiegen ist. 1969 konnte gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 25 % erzielt werden. An Kaffeesorten wird fast nur der hochwertige Arabica-Kaffee angebaut, der in Höhenlagen zwischen 1.300 und 2.000 m ideale Wachstumsbedingungen findet. Insgesamt produziert Kenya rund 5 % der gesamten Kaffeeproduktion Afrikas. Wegen der bisher relativ niedrigen Quote beim internatio-

nen Kaffeeabkommen sind die Entwicklungsmöglichkeiten bei Tee zur Zeit jedoch größer. Die Teeproduktion erreichte 1968 einen ersten Höchststand – der 1969 noch um 20 % übertroffen wurde – und trat damit bereits an die dritte Stelle der gesamten landwirtschaftlichen Produktion nach Kaffee und Vieh. Kenyas Anteil an der Gesamtteeproduktion Afrikas war damit bereits höher als ein Drittel. Bei Si-

sal ist Kenya — nach Tanzania und Brasilien — der drittgrößte Erzeuger der Welt; infolge von Substitutionswettbewerb und Preisverfall ging die Produktion nach 1966 jedoch stark zurück, während sie ab 1968 relativ stabil blieb. Auch die Produktion von Pyrethrum und Pyrethrumextrakten (pflanzliches Schädlingsbekämpfungsmittel) war nach 1960 rückläufig, konnte ab 1966 (und insbesondere bei den kleinbäuerlichen Betrieben) aber z. T. leichte Gewinne erzielen. Die Ernährung der afrikanischen Bevölkerung ist auch weiterhin sehr einseitig: Hauptnahrungspflanze ist der Mais, während im Hochland auch Weizen, Gerste und etwas Hafer angebaut werden und Bohnen und Süßkartoffeln die wichtigste Ergänzung bilden. In den tieferen Lagen verbessern Erdnüsse, Sesam, Hirse, Bananen, Orangen, Mangos und an der Küste auch Kokosnüsse die Nahrungsbilanz.

Die Viehwirtschaft folgte ebenfalls unterschiedlichen Entwicklungsmustern: Intensive, marktorientierte Viehhaltung war durch europäische Züchter eingeführt worden (Mast-rinder werden heute vor allem auf den Plateaus nördlich des Mount Kenya, Milchrinder und Schweine um Nairobi und Nakuru gezüchtet, Schafe auf den kühleren Hochweiden der Grabenrandschwelle). Dagegen kommen von den umfangreichen Herden der Nomaden und Halbnomaden fast nur Häute zum Verkauf („Prestigevieh“), während die Viehhaltung der afrikanischen Bevölkerung in den dichtbesiedelten Feldbaugebieten in letzter Zeit erst eine größere wirtschaftliche Bedeutung gewonnen hat.⁵⁾

Die Forstwirtschaft Kenyas hat an Bedeutung gewonnen. Seit einigen Jahren finden umfangreiche Aufforstungen statt, die die Grundlage für höhere Exporte und für die Erweiterung der Papierindustrie legen sollen. Die Bambuswälder in den größeren Höhen liefern jährlich etwa 40.000 t Zellulose. Der Fischfang hat nur gebietsweise Bedeutung (Victoria-See), die Fangmöglichkeiten werden bisher weder in den Binnengewässern noch im Indischen Ozean voll ausgenutzt.⁶⁾ Die Jagd wird durch Gebietslizenzen kontrolliert, wirtschaftliche Bedeutung hat sie vor allem durch Jagdtourismus und Trophäenexport.

Wesentliche Entwicklungen in den früheren europäischen Gebieten („scheduled areas“) nach Erreichung der politischen Unabhängigkeit waren der Rückgang der Landanteile und der Investitionen der weißen Siedler und die Eigentumstransfers weiter Teile der Mischlandwirtschaft an afrikanische Bauern. Große Farmen wurden in kleinbäuerliche Siedlungen umgewandelt, eine der Antworten auf die starken politischen Forderungen nach afrikanischem Eigentum und auf das gewachsene Problem der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Dieses Programm (in vier Jahren wurden über eine Mill. acres aufgeteilt und besiedelt) war in mancher Hinsicht ein Erfolg, wenn auch eine gewisse Desillusionierung wegen fehlerhafter Planungen und ein Gewährwerden des damit entstehenden großen Bedarfs an Finanzmitteln nicht ausblieben. So gingen beispielsweise im Jahre 1965/66 rund 72 % des staatlichen Landwirtschafts-Budgets in diese Gebiete, vor allem in die Landtransfer-Projekte. Das Schwergewicht der Landwirtschaftspolitik wurde inzwischen jedoch auf die früheren afrikanischen Gebiete („non-scheduled areas“) verlegt, auf die im laufenden Budgetjahr rund 70 % aller landwirtschaftlichen Investitionen entfallen sollen. Dabei wurde ein beschleunigtes Programm zur Landreform, das in den fünfziger Jahren mit der Einführung des Systems individueller Bodenbesitztitel begann, durchgeführt. Die individualistische Landreform galt als wichtiges Anreizmittel, die traditionellen fortschritthemmen Bodenbesitzverhältnisse zu durchbrechen und schließt Konsolidierung zu tragfähigen Einheiten, wie auch Registrierung der Besitztitel ein. Ende 1965 waren bereits knapp

10 % der als geeignet angesehenen Landflächen registriert, weitere 10 % konsolidiert; die Kikuyu-, Embu- und Meru-Distrikte nördlich der Hauptstadt, die stark bevölkert und zersplittert waren, waren als erste von diesem System erfaßt worden. Der Anteil der als Kleinfarmen bezeichneten Betriebseinheiten wird für Ende 1968 mit 51 %, der der Großfarmen mit 49 % der gesamten Anbaufläche angegeben.

Die Notwendigkeit und Schnelligkeit des Vorgehens sind verschiedentlich angezweifelt worden, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der möglichen Alternativverwendung der finanziellen und personellen Mittel zu direkt-produktiven wirtschaftlichen Tätigkeiten; dem ist andererseits vor allem der integrierende Effekt in bezug auf die akute Arbeitslosigkeit entgegenzuhalten.

Mit einer Durchforstung des bisher eher erfolglosen Systems von Kreditincentives, durch Expansion des Ausbildungs- und Forschungsprogramms, mit speziellen Frucht- und Viehprogrammen, sowie durch Erschließung neuer Anbauflächen und durch Bewässerung erhofft man sich für die Zukunft eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität.

Ein Blick auf die anderen Sektoren der Wirtschaft ergibt folgendes Bild: Bodenschätze sind nur in geringem Ausmaß nachgewiesen und spielen, anders als in den Nachbarländern, bisher keine wichtige Rolle; zudem war die Gesamtproduktion in den letzten Jahren rückläufig. Recht beachtlich sind jedoch die Sodarohvorkommen am Magadisee; die bisherige Förderung von Gold, Kupfer, Salz, Kalkstein, Asbest, Wolfram, Graphit, Beryll, Kaolin, Gips und Meer-schaum war großemäßig ziemlich unbedeutend, andere Vorkommen sind bekannt, aber noch nicht abbauwürdig.

Der Korallenkalkabbau bei Mombasa ist für den Zementbedarf des Landes eine wichtige Grundlage. In den Sedimentdecken des Nordostens wird nach Erdöl gesucht; Kohlelager fehlen, Eisenerz ist am Mount Kenya festgestellt worden. Größere Rohsilber- und Blei-Lagerstätten sind bei Ri-be entdeckt worden, für die bisher über 30 ausländische Minenunternehmen Interesse gezeigt haben.

Industriell ist Kenya das am weitesten fortgeschrittene Land der Ostafrikanischen Gemeinschaft. Der Nettoproduktionswert der Industrie ist zweimal so hoch wie in Uganda, der Anteil des Industriesektors an der Erstellung des BIP beträgt heute über 12 %, der Produktionsindex (1958 = 100) war bis 1964 bereits auf 145 angestiegen; im Weltmaßstab gesehen liegt die Industrieproduktion pro Kopf jedoch in der untersten Gruppe. 60 % der Produktion entfallen auf die Leicht-, 40 % auf die Schwerindustrie; führender Industriezweig ist die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die etwa ein Drittel des Nettoproduktionswertes erbringt.

Wie in der Vergangenheit, wird — wegen der bisher beschränkten Größe und Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes — die Entwicklung des Industriesektors auch in der Zukunft stark von seinen Exportmöglichkeiten abhängig sein.⁷⁾ Andererseits führt die Unfähigkeit der heimischen Industrie, die effektive Nachfrage nach gehobeneren Konsumgütern zu befriedigen, dazu, daß ein Teil der dringend benötigten Devisen für den Import von Konsumgütern verloren geht.

Die Industrieförderung geht im wesentlichen von folgender Überlegung aus: beim Überwiegen des Anteils der Landwirtschaft an der Gesamtwirtschaft wird ein großer Teil des zukünftigen industriellen Wachstums direkt mit diesem Sektor verknüpft sein, entweder durch Angebotsorientierung auf die Landwirtschaft (Geräte, Dünger) oder durch Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte (Kaffee, Fleisch,

Baumwolle). In der ablaufenden Planperiode flossen daher rund ein Viertel aller Nettoinvestitionen in die Nahrungsmittelverarbeitung, mehr als die Hälfte des gesamte Produktionszuwachses wird auf der Basis landwirtschaftlicher Ressourcen erwartet. Der zweite Orientierungspunkt der Industrialisierungspolitik ist Importsubstitution (besonders bei Zucker und Textilien) bei gleichzeitiger Exportexpansion. Dem letzteren Zweck dient vor allem der Export Promotion Council, der auch der Privatwirtschaft Exportchancen eröffnen soll.

Das Industrialisierungsprogramm der Regierung soll allgemein die Privatwirtschaft zur aktiven Mitwirkung an der Entwicklung anhalten. Private und staatliche Initiativen laufen vielfach parallel; steigende Bedeutung hat die staatliche Aktivität in den Bereichen, wo private Initiative bisher nicht ausreichend vorhanden war, wie in der Fischerei, Energieversorgung usw. Die staatlichen Interessen werden vor allem von der Development Finance Company of Kenya und der Industrial and Commercial Finance Corporation vertreten, die bisher vor allem in Projekten mit hoher Gewinnerwartung investiert haben (Zucker- und Nahrungsmittelverarbeitung, Textilien usw.), zukünftig aber mehr in risikoreiche Projekte gehen sollen.

Die erwarteten jährlichen Zuwachsraten im Bereich der modernen weiterverarbeitenden Industrie liegen bei rund 9 % (bei Einschluß von Kleinindustrie und Handwerk bei rund 8 %). Dabei wird der Textil-, Kleidungs-, Schuh- und Nahrungsmittelindustrie (mit 15 %) die größte Expansion zugeacht, Zweige also, deren Rohstoffbedarf durch Lieferung der heimischen Landwirtschaft direkt oder indirekt gedeckt werden könnten. Die übrige Industrie wächst langsamer als das BIP, es kann also ein relativer Bedeutungsrückgang konstatiert werden.

Hinsichtlich der betriebsgrößenmäßigen Struktur der Industrie haben primär politische Überlegungen oft zur Errichtung von Großanlagen geführt, wobei die Exportmöglichkeit zum kritischen Punkt wurde (Zement, Stahl, Dünger, Petroleumprodukte), mit den diversen negativen Folgen für die Beschäftigungs- und Ausbildungslage. Der kenyanische Industriesektor zeigte über einen längeren Zeitraum — ähnliches gilt für Kenyas Nachbarn — eine steigende Produktion bei relativ stagnierender Beschäftigtenzahl. So ist zum Beispiel zwischen 1954 und 1964 eine Zunahme der Nettoproduktion um 6,5 % jährlich erfolgt, während der Beschäftigtenstand relativ konstant blieb. Die relativ rasche Erhöhung der Löhne und die Einführung von Mindestlöhnen dürfte ein wesentlicher Grund für diese Erscheinung der absoluten und relativen Einsparung des Arbeitsinputs gewesen sei. Jedenfalls schätzt man den akkumulierten Substitutionsprozeß von Arbeit und Kapital auf 25 % der Gesamtbeschäftigten. Im Frühjahr 1970 wurde ein Programm angekündigt, das dem privaten Sektor Leistungen für die Ausbildung der Arbeitskräfte auferlegt. Die Zahl der Industriebetriebe wird mit rd. 1.200 angegeben, von der Gesamtzahl der Beschäftigten sind dort rund 12 % tätig; der Plan sieht eine Zunahme der Industriebeschäftigten von nur 19.000 bis 1970 vor, was prozentual etwa der halben Zuwachsrate der Produktion gleichkommt.

Die Betonung der landwirtschaftlichen Basis der Industrie kommt zwar den sektoralen und auch den regionalen Strukturverhältnissen der kenyanischen Wirtschaft entgegen (zur breiteren Streuung der Standorte wurden auch verschiedene Gewerbeparks — für bis zu 50 Betriebe — und ein technisches und managerielles Trainingszentrum errichtet); die für eine solche Strategie erforderlichen Maßnahmen und Mittel stehen aber noch nicht in ausreichendem Maße zur

Verfügung, abgesehen davon, daß die Agglomerationsvorteile der bisherigen Zentren (Nairobi, Mombasa) besonders groß sind.

Insgesamt bleibt in bezug auf den Industriesektor und die Industriepolitik zu vermerken: Das Ausmaß von Unterbeschäftigung und Kapitalknappheit allein lassen auch für Kenya ein umfangreiches Programm zum Einsatz arbeitsintensiver Technik und zur Errichtung von Kleinbetrieben als zweckmäßig und notwendig scheinen. Die Effizienzkriterien, der Zeithorizont, die Markteinschätzung und die Knappheitsindikatoren, die der Plan direkt und indirekt beinhaltet, führen hier jedoch zu einem Widerspruch und zu einer generellen Unterschätzung der anstehenden Probleme. Nicht zuletzt aus diesem Grund einer — gemessen an den anstehenden Problemen — nicht adäquaten Planung sieht sich die Regierung in den letzten Jahren verstärkten Forderungen nach „Afrikanisierung“ der Wirtschaft gegenüber, denen sie mit zum Teil einschneidenden Maßnahmen entgegengekommen ist.

Großzügige Kapitalabschreibungsmöglichkeiten und Mindestlohngesetzgebung anstelle von Lohnsubventionierung und bewußter Subventionspolitik haben zu einer überhöhten Kapitalintensivierung der Produktion beigetragen; binnenwirtschaftliche und (vermeintliche) außenwirtschaftliche Rücksichten kommen hier eindeutig in Konflikt.

Was die anderen produktiven Sektoren der Wirtschaft angeht, so zeigt sich, daß das Handwerk — neben den traditionellen Fertigkeiten der afrikanischen Bevölkerung wie Töpferei, Flechtereie — einen neuen Aufschwung durch den Tourismus erhalten hat, von dem insbesondere die Holzschnitzereien der Kamba, die Sisalflechtereie der Kikuyu und die Waffenschmiedekunst der Masai erfaßt wurden. Kenya nimmt im Afrika-Tourismus eine Spitzenstellung ein durch den Reichtum an Großwild, die landschaftlichen Schönheiten und guten Strände (Malindi, Mombasa), durch günstiges Klima und hervorragende Organisation (preisgünstige Pauschalangebote). Die Zahl der Besucher von außerhalb Ostafrikas hat daher rapide zugenommen (1964: 65 000, 1968: 212 000, 1969 weitere Zunahme; der Großteil der Feriengäste kommt aus Großbritannien, USA und der Bundesrepublik Deutschland), das Angebot an Hotelbetten ist rasch gewachsen. Der Tourismus ist nach dem Kaffee zum größten Devisenbringer Kenyas geworden und gilt für die Zukunft als der dynamischste Sektor der Wirtschaft.

Zu fragen ist aber auch hier, ob dies — wegen der vorherrschenden, bzw. geforderten Ausstattung und Einrichtung — ökonomische Ausbreitungs- und Integrationsimpulse zeitigen wird, die über die relativ engen Einkommens- und Steuereinnahmeeffekte hinausgehen. Mit anderen Worten: Der Ausbau des Tourismus bindet kurzfristig viele Ressourcen, die für dringend benötigte andere direkt-produktive Investitionen und Alternativverwendungen verloren sind: Oder als Frage formuliert: Bietet das extensive Investitionsprogramm in diesem Bereich nicht auch eine Unterstützung der anfangs zitierten These des „Pearson-Berichts?“

Die für das Wachstum und die Integration der Wirtschaft gleichermaßen bedeutsamen materiellen Infrastrukturbereiche Kenyas sind unterschiedlich stark entwickelt. Die Erweiterung der Stromversorgung ist bisher noch unzureichend; weite Gebiete des Landes bleiben ganz ohne elektrischen Strom. Die Energieerzeugung beruht weitgehend auf (importiertem) Erdöl und auf Importen aus Uganda (Hochspannungsleitung von den Owen-Fällen und Tanzania). Hydroelektrisches Potential wurde mit der Fertigstellung der

ersten Stufe des Kraftwerks am Tama-Fluß erschlossen (40 MW), dessen Erweiterung in den nächsten zehn Jahren (auf 260 MW) erfolgen wird. Zusätzliche Kapazitäten in Wärme- und Kernkraftwerken müssen geschaffen werden, auch zur Sicherung gegen Leistungsabfall in Trockenzeiten.

Kenya ist von allen ostafrikanischen Ländern am stärksten motorisiert. In den südlichen Landesteilen ist das Verkehrsnetz relativ gut ausgebaut; zwischen den wichtigsten Städten bestehen Eisenbahn- oder Straßenverbindungen. Gegen Norden nimmt die Verkehrsdichte jedoch rapide ab, Eisenbahnen fehlen, Straßen sind selten und zum Teil unsicher.⁹⁾ Die Eisenbahn bildet zwar das wirtschaftliche Rückgrat des Landes mit ihrer Verbindung zu den bisher bedeutenden Wirtschaftszentren Kenyas und der Nachbarländer, kommt bisher aber nur einem regional begrenzten Teil der Wirtschaft zugute.⁹⁾ Die Hauptlinie (von Mombasa über Nairobi nach Uganda) und mehrere Stichbahnen erschließen das Hochland und das Gebiet am Victoria-See mit einer Verbindung nach Süden. Die Bedeutung des Luftverkehrs hat in den letzten Jahren rasch zugenommen. Die East African Airways (als gemeinsame Fluggesellschaft Kenyas, Tanzanias und Ugandas) bedient ein großes Streckennetz in Ostafrika und mehrere Linien im übrigen Afrika, nach Europa und Asien.¹⁰⁾ Zusammen mit Zambia betreibt die Gemeinschaft eine Schiffsgesellschaft, die einen Linienverkehr mit eigenen und gecharterten Schiffen nach Europa und zum Fernen Osten betreibt. Wichtigster Seehafen Kenyas mit modernen Lösch- und Verladeanlagen ist Mombasa (Killindini), wo rund $\frac{3}{4}$ des gesamten Überseehandels Ostafrikas umgeschlagen werden, während die alten Hafengebiete (Malindi und Lamu) dagegen wenig bedeutend sind.

Die regional insgesamt äußerst ungleichgewichtige Struktur der kenyanischen Wirtschaft wird, von den natürlichen Faktoren abgesehen, weitgehend von den Mängeln der Infrastruktur bestimmt. Die Verkehrssysteme sind ganz deutlich von den Bedürfnissen der einstigen Kolonialbehörden oder der Siedler geprägt. Andererseits erfordern starke Investitionen in die materielle Infrastruktur heute sehr große Summen, was dazu führt, daß dann für direkt-produktive Tätigkeiten nicht mehr genügend Mittel verfügbar sind, womit das Grundproblem aus dem „Pearson-Bericht“ wieder angeschnitten ist. Dieser Zusammenhang sei noch etwas verdeutlicht:

Die regionale Verteilung der Bevölkerung (Mitte 1970 ca. 11 Millionen, davon rund 2,7 % Nichtafrikaner) ist sehr ungleichmäßig. Sie ist zunächst eng mit den Niederschlagsmengen korreliert; darüber hinaus haben aber historisch-politische Gründe (Reservatspolitik der Kolonialzeit) und ökonomische Gründe (Hochland als europäisches Siedlungsgebiet – „White Highlands“) in manchen Gebieten mit bis zu 600 Einwohner pro qkm zu Übervölkerung geführt (durchschnittliche Bevölkerungsdichte – bei einer Größe des Landes von 583 000 qkm – rund 18 Einwohner pro qkm). Die Landflucht ist beachtlich, die Urbanisierung geht rasch voran; rund 10 % der Bevölkerung lebt bereits in Städten. So hatte z. B. die Hauptstadt Nairobi, Industrie- und Handelszentrum Ostafrikas, 1962 (mit Vororten) rund 315 000 Einwohner, zu Beginn 1970 jedoch bereits mehr als eine halbe Million.¹¹⁾ Diese Entwicklungen sind ohne Zweifel zu einem großen Teil die Folge einer historisch unausgewogenen Infrastrukturpolitik; heute erzwingt ihr Vorhandensein zugleich ein weiteres (verstärktes) ungleichgewichtiges Vorgehen. Auch hier also das Beispiel des Wirkens einer „historischen Komponente“: ehemalige Entscheidungen erschweren die Angleichung der Lebensverhältnisse im gesamten Raum, auch bei raschem Wachstum der Wirtschaft. Allgemein muß man festhalten, daß es in Kenya zu begrenzt-

ten Multiplikatoreffekten der Investitionen auf die Gesamtwirtschaft gekommen ist; die Ausbreitung interregionaler Impulse aus den Zentren der wirtschaftlichen Aktivität ist dabei sowohl wegen physischer und institutioneller Barrieren für die Bewegung von Produkten und Produktionsfaktoren als auch wegen niedriger Beschäftigungseffekte bei kapitalintensiver Produktion und hohen Gewinnremissen auf ausländisches Kapital verhindert worden. Damit ist die Außenwirtschaft angesprochen, auf die nun kurz einzugehen ist.

Außenwirtschaftliche Verflechtung

Die Außenhandelsquote (Export plus Import zu BIP) Kenyas liegt bei rund 50 %. Obwohl Kenya innerhalb des ostafrikanischen Handels den traditionellen Exportüberschuß bisher mehr oder weniger halten konnte (im zweiten Jahr – 1969 – nach Abschluß des Vertrages für die Ostafrikanische Gemeinschaft und trotz der Transfersteuer etwa 16 Mill. K£), hat sich die Handelsbilanz insgesamt negativ entwickelt. Zwischen 1963 und 1968 sind die gesamten Exporte nur um 26 % (1968: 89,3 Mill. K£), die gesamten Importe aber um 53 % (1968: 127,1 Mill. K£) gestiegen. In den ersten neun Monaten des Jahres 1969 stiegen dagegen die Exporte gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 6 %, während die Importe mehr oder weniger konstant blieben.¹²⁾

Infolge des hohen Anteils der nicht rückzahlbaren Zuschüsse der Auslandshilfe (teilweise die Hälfte), stellt die Finanzierung der Auslandsschulden derzeit noch kein allzu ernstes Problem dar; in Zukunft dürfte aber auch Kenya mit einer wachsenden Schuldenlast zu kämpfen haben. Sie hat sich zwischen 1960 und 1967 mehr als verdoppelt; die Schuldendienstrate erreichte bereits rund 10 % des Exportwertes.

Die Güterstruktur der Exporte reflektiert weitgehend die sektorale Struktur der Wirtschaft. Kenya ist noch ein Rohstoff-export-Fertigwarenimport-Land. Fast drei Viertel der Exporte bestehen aus landwirtschaftlichen Produkten wie Kaffee, Tee, Mais, Fleisch, Pyrethrum, Sisal, Häuten und Fellen. 40 % entfallen allein auf Kaffee und den schnell an Bedeutung zunehmenden Tee. Daneben hat, seit Aufbau der Ölraffinerieanlagen, der Export an Petroleum zugenommen. Im Handel mit den Nachbarländern ist Kenya jedoch bereits Fertigwarenlieferant; es werden vor allem Textilien, Stahlwaren, Petroleum- und Papierprodukte exportiert. Wichtigste Abnehmer Kenyas sind Großbritannien, Uganda, Tanzania und die Bundesrepublik Deutschland; bei Exporten in die BRD dominiert der Kaffee.

Bei den Importen entfallen rund ein Drittel auf Maschinen und Fahrzeuge, ein Viertel auf Fertigwaren, je ein Zehntel auf Lebensmittel, Treibstoffe, Textilien und Chemikalien. Regional sind die Importe noch stark an Großbritannien orientiert, das mit etwa einem Drittel wichtigster Lieferant geblieben ist. Es folgen die BRD (rund 7 %), Iran (Öllieferant), Uganda (Zucker und Textilien), USA und Japan. Bei den Bezügen aus der BRD stehen Maschinen und Fahrzeuge an erster Stelle.

Wichtige Schritte für die weitere strukturelle und niveau-mäßige Entwicklung von Wirtschaft und Außenhandel Kenyas sind der (am 1. 12. 1967) nach langwierigen Verhandlungen unterzeichnete Vertrag über die Ostafrikanische Gemeinschaft¹³⁾, der freien Warenverkehr, einheitlichen Außenzolltarif und einheitliche Verbrauchsteuern vorsieht und Absprachen enthält über die regionale Verteilung der Investitionen und eine Transfersteuer, weiterhin die Maßnahmen, die bei einer drohenden Verschlechterung der Zahlungs-

bilanz¹⁴) ergriffen werden, sowie die Assoziation der Gemeinschaft an die EWG.¹⁵) Eine kurzfristige Erleichterung des Zahlungsbilanzproblems darf aus dem raschen Wachstum des internationalen Tourismus erwartet werden.

Die vollen Chancen für eine ostafrikanische Föderation gelten wegen der unterschiedlichen allgemeinpolitischen Entwicklungsrichtungen der betreffenden Länder (Kenya, Tanzania und Uganda) als derzeit kaum realisierbar. Kenya ist aber stark für die wirtschaftliche Kooperation eingetreten, auch wenn es auf Grund seines höheren wirtschaftlichen Entwicklungsstandes wesentliche Konzessionen an die Partnerländer machen mußte: die Transfersteuer ist praktisch eine gegen Kenya gerichtete Schutzmaßnahme, die Dezentralisierung der Gemeinschaftsinstitutionen schwächt die bisher dominierende Stellung Nairobis, die neu geschaffene Entwicklungsbank gibt den Partnerländern gewisse Prioritäten, vor allem in der industriellen Entwicklung. Die tatsächlich realisierbaren Aussichten der Ostafrikanischen Gemeinschaft und Kenyas liegen in der nahen Zukunft vor allem in der Aufnahme weiterer potenter Mitglieder – insbesondere Zambias.¹⁶)

Kenya bleibt wegen der bestehenden inneren und äußeren wirtschaftlichen Verhältnisse jedoch stark auf die Hilfeleistungen des Auslandes angewiesen. Gleichzeitig bleiben die Forderungen nach rascher innerer Entwicklung und nach Ausweitung des Außenhandels wichtige Faktoren für die Gestaltung der Außenpolitik.¹⁷)

Dieses Ausmaß der Abhängigkeit Kenyas von ausländischer Entwicklungshilfe bedeutet aber auch, daß der Kapitalstrom von Entscheidungen beeinflußt und bestimmt wird, die im Ausland getroffen werden und damit nicht unbedingt die entwicklungsadäquate sektorale, regionale, betriebsgrößenmäßige und technische Verwendung findet.

Ordnungspolitische Aspekte

Kenyas Wirtschaftsordnung beruht auf einem pragmatischen Konzept des „Afrikanischen Sozialismus“, der auf die Wahrung positiver Aspekte afrikanischer Tradition, die Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber der Gesellschaft (und nicht gegenüber der Großfamilie), einen positiven Beitrag zur Entwicklung des Landes bei den Direktinvestitionen des Auslandes und die Ablehnung von Entwicklungshilfe unter politischen Bindungen abzielt; die Rolle des Staates in der Wirtschaft wird nicht genau begrenzt, aber als subsidiär angesehen, dem privaten Sektor wird eine dominierende Aufgabenstellung zugestanden.

Andererseits können sich nicht einmal die eifrigsten Verfechter der Privatwirtschaft über die Schwächen der heimischen Unternehmerschaft, über die grundsätzliche Vorsicht und das übertriebene Profitdenken ausländischer Firmen hinwegsetzen; man sieht die Notwendigkeit, daß die Regierung bei der Zuteilung der Ressourcen mitentscheiden muß.

Konkret hat sich die Wirtschaftsordnungspolitik Kenyas in Bestimmungen und Gesetzen zur kapital- und ausbildungsmäßigen Beteiligung kenyanischer Unternehmer und Arbeitnehmer, in weitreichender Afrikanisierung bestehender Arbeitsplätze (vor allem im Bereich der öffentlichen Verwaltung), in einem neuen Einwanderungsgesetz (1967), in der gebietsmäßigen Eingrenzung der Niederlassungsfreiheit für nicht-kenyanische Unternehmer und einer verschärften Politik der Lizenzvergabe im Handel niedergeschlagen. Durch diese Politik wurde einer großen Anzahl von Einwohnern (meist Indern), die nicht für Kenya optiert hatten, die Gewerbeerlaubnis nicht erneuert, in der Absicht und im Rah-

men der Afrikanisierung der Wirtschaft.¹⁸) Staatliche Beteiligung und die Vertretung staatlicher Interessen durch eine Reihe von relativ unabhängigen Körperschaften (Statutory Boards) als ausführende und kontrollierende Organe der Wirtschaftspolitik bestehen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen, bzw. für einzelne Produkte (z. B. Kaffee, Tee, Sisal).

Erste Ansätze zur Entwicklungsplanung¹⁹) finden sich in einem Zehnjahresprogramm von 1946–1955, das zunächst Aufwendungen von 15,6 Mill. £ vorsah, dann auf 42,5 Mill. £ aufgestockt wurde, und zu dessen Finanzierung die Regierung Großbritanniens größere Mittel zur Verfügung stellte. Von 1954–1963 dienten Dreijahrespläne der Vorausschau volkswirtschaftlicher Gesamtgrößen und Staatsausgaben und ihrer Finanzierung – von denen der letzte Gesamtausgaben über 27,4 Mill. £ einschloß, bei relativer Betonung von Landwirtschaft und materieller Infrastruktur. Nach der Unabhängigkeit stellte die Regierung Kenyas zunächst einen Plan für die Jahre 1964–1970 auf, der einen Rahmen für eine Anzahl von Projekten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet festlegte, im ganzen aber recht summarisch war und den Bericht einer Weltbankkommission, die Kenya 1962 besuchte, zur Grundlage hatte. Dieser Plan wurde schnell revidiert. Der neue Plan für die Jahre 1966–1970, der jetzt ausläuft und auf den oben bereits mehrfach Bezug genommen wurde, vertritt – auch wenn er methodisch und thematisch weit ehrgeiziger und gleichzeitig fundierter hinsichtlich der Analyse der wirtschaftlichen Gegebenheiten und des Entwicklungspotentials als die ursprüngliche 1964er Version ist – eine „vorsichtige“ Strategie. Strukturwandel ist kein Hauptziel, mit Ausnahme des Agrarsektors. Die Entwicklung soll vielmehr weitgehend innerhalb des jetzigen Musters der Ressourcenzuteilung bei Produktion und Verbrauch – und nicht so sehr durch radikale Veränderung desselben – erfolgen. So ist die geplante Wachstumsrate des BIP mit 6,3 % niedriger als in Nachbarländern (Uganda) angesetzt und dies, obwohl Kenya eine vergleichsweise modernere Produktionsstruktur und auch eine höhere Sparquote aufweist. Die Strategie des Plans läuft – kurz gefaßt – hinaus auf:

- eine Ausweitung der Produktion im bestehenden Struktursystem,
- die Erweiterung der Teilnahme der afrikanischen Bevölkerung an der produktiven Wirtschaft,
- eine relative Konzentration hinsichtlich der Regionen und Projekte (und damit verbunden das Postulat der Priorität ökonomischer vor sozialen Überlegungen bei der Zuteilung von Investitionsmitteln).

Für den Fünfjahreszeitraum ist ein Investitionsvolumen von 325 Mill. K£ angesetzt worden, von denen 180 Mill. £ vom privaten Sektor, der Rest je zur Hälfte von der Zentralregierung und von den Lokalbehörden, der East African Common Services Organisation und anderen Institutionen, verausgabt werden sollen. Mehr als die Hälfte aller Mittel (181 Mill. £) werden aus dem Ausland erwartet (zwei Drittel der Investitionen der Zentralregierung, 40 % der Privatinvestitionen), sie dienen der Schließung des drohenden Defizits der Handelsbilanz, das – wegen der steigenden Einfuhr notwendiger Investitionsgüter – für das letzte Jahr der Planperiode wiederum auf 28 Mill. £ geschätzt worden ist. In die Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei gehen 19,6 % der Mittel, in den Verkehrssektor 19,5 %, in die verarbeitende Industrie 19,0 %, während auf Gesundheits-, Erziehungswesen und sonstige soziale Dienste 6,9 %, auf Bauwirtschaft 9,2 %, auf Energie- und Wasserwirtschaft 8,5% entfallen.

Wichtige Einzelziele mit Breitenwirkung sind die Fortführung der Landreform und die Ansiedlung afrikanischer Landwirte in den ehemaligen „White Highlands“ und die Diversifizie-

rung der landwirtschaftlichen Produktion, um die einseitige Abhängigkeit von Kaffee- und Sisalausfuhren zu vermindern. Als Beispiel der innerhalb dieses Rahmens durchgeführten jährlichen Haushaltspolitik des Staates seien einige Zahlen aus dem Haushalt 1968/69 genannt:

Die öffentlichen Finanzen teilen sich in einen laufenden Haushalt, dessen Ausgaben 1968/69 rund 61 Mill. K£ erreichten (bei einem Schwergewicht auf Erziehungsausgaben) und einen Entwicklungshaushalt (Investitionshaushalt), der rund 26 Mill. K£ verausgabte (1969/70 voraussichtlich 31,6 Mill. K£) und das Schwergewicht der Ausgaben auf Straßen, und Landwirtschaft legte. Wichtigste Einnahmeposten des

laufenden Haushalts sind die Importzölle, Verbrauchersteuern und Einkommensteuer; die Hilfen aus dem Ausland erreichten hier nur einen unwesentlichen Teil der Gesamteinnahmen (1963/64 noch 30 %). Anders im Entwicklungshaushalt, wo die Einnahmen aus heimischen Quellen rund 60 % ausmachen, der Rest aus Entwicklungshilfe stammt.

Der auslaufende Plan ist – wie oben bereits angedeutet wurde – nicht sehr transparent hinsichtlich der verwendeten Kriterien zur Projektauswahl. Im ganzen scheinen in den direkt-produktiven Bereichen der Wirtschaft alle Projekte in den Plan aufgenommen worden zu sein, die Profit versprechen – entweder auf Basis von groben Nutzen-Kosten-Analysen oder detaillierten Durchführbarkeits-Studien, d. h. es scheint keinen Bereich marginaler Projekte gegeben zu haben, aus dem eine Auswahl zu treffen gewesen wäre. Im Bereich der öffentlichen Dienste waren die angewendeten Projekt-Kriterien anscheinend direkt angelegt auf die erwartete Wirkung auf den produktiven Bereich der Wirtschaft und den Bedarf an Arbeitsplätzen. Die bessere Beachtung der Ausgabeneffizienz und Vermeidung der reinen Inputorientierung (die nicht die Höhe der verausgabten Mittel als alleiniges Kriterium des Planungserfolges ansieht) unter Verwendung detaillierter Input-Output-Analysen zur Sicherung der Konsistenz und eine verbesserte Projekt-Evaluierung und Durchführung bleiben besondere Anliegen für die Planung in Ostafrika, für den neuen Plan und die neue Planperiode Kenyas.

Die „Konsultativ-Gruppe für Ostafrika“, die von der Weltbank organisiert worden war, hat den neuen Plan für die Jahre 1970 bis 1974 soeben überprüft; sie kommt zu dem Schluß, daß die Wirtschaftsergebnisse und die wirtschaftlichen Aussichten Kenyas die weitere finanzielle und technische Unterstützung seitens der Mitgliedsländer dieser Gruppe rechtfertigen.

Afrika-Bibliographie

Das Verzeichnis des wissenschaftlichen Schrifttums in deutscher Sprache für das Jahr

1960/61 – I	880 Titel	DM 10,—
1960/61 – II	1773 Titel	DM 20,—
1962	1584 Titel	DM 15,—
1963	1415 Titel	DM 15,—
1964	1476 Titel	DM 15,—
1965	2667 Titel	DM 20,—
1966	(erscheint im Sommer 1970)	
1967	(erscheint Ende 1970)	

Bestellungen erbeten an:

Deutsche Afrika-Gesellschaft e. V.
53 Bonn, Markt 10–12

Anmerkungen

1) Partners in Development, Report of the Commission on International Development, Chairman: Lester B. Pearson, London 1969, S. 263 (deutsch: Der Pearson-Bericht. Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik, Wien, München, Zürich 1969).

2) Zur allgemeinen Einführung siehe: J. Kenyatta, Colonialism on Trial, London 1954; C. P. Kirby, East Africa: Kenya, Uganda, and Tanzania, London 1968; A. M. McPhee, Kenya, London, New York 1968; T. Mboya, Freedom and After, London, Boston 1963; U. E. Simonis, Art. „Kenia“, in: Staatslexikon, Ergänzungsband II, Freiburg i. Br. 1970.

3) Zu den folgenden quantitativen Angaben vgl.: Central Bank of Kenya, Annual Report; Kenya Statistical Digest; Kenya Census of Industrial Production, 1963; Economic Survey, alle Nairobi; Development Plan 1966–1970, Nairobi 1966; R. L. Ware, jun., Basic Data on the Economy of Kenya, in: Overseas Business Report, No. 75, Washington, Nov. 1965; International Bank for Reconstruction and Development, The Economic Development of Kenya, Baltimore 1963; H. Reichelt, Kenia als Wirtschaftspartner, Köln 1966; Statistisches Bundesamt, Allg. Statistik des Auslandes, Länderkurzberichte: Kenia. Stuttgart, Mainz 1968; The Standard Bank, Annual Economic Review: Kenya, London; Prozentangaben, Pro-Kopf-Berechnungen, Währungsumrechnungen, Sektoren- und Regionenberechnungen i.d.R. vom Verf.

4) Vgl. H. Fliedner, Die Wandlung der Agrarstruktur in Kenya, in: Geographische Rundschau, 20, 1968, 3, S. 81 f.

5) Über die Gesamtbestände liegen keine genauen und neueren Zahlen vor; die Bestände der landwirtschaftlichen Großbetriebe wurden für 1965 mit 7,2 Mill. Rindern, 6,3 Mill. Ziegen, 5,0 Mill. Schafen, 36.000 Schweinen angegeben.

6) Die jährlichen Fangmengen liegen bei rund 30.000 t.

7) Vgl. F. J. Nixon/A.G. Stoutjesdijk, Industrial Development in the Kenya and Uganda Development Plans, in: The East African Economic Review, N. F., Bd. 2, 1966, S. 65–77.

8) Die Straßenlänge betrug 1966 rund 42.000 km, von denen nur etwa 5 % mit einer Teerdecke versehen sind.

9) Gesamtlänge 2.100 km.

10) Zahl der zusteigenden Fluggäste 1966: 204.000, Personenkilometer: 400 Mill., beförderte Luftfracht: rund 10.000 t.

11) Im Februar 1970 ließ die Stadtverwaltung Nairobis verlauten, daß allein 100.000 sog. „illegal squatters“ innerhalb der Stadtgrenzen angesiedelt seien.

12) Angaben des Statistical Department of the East African Community. Vgl. The Standard Bank Review, London, April 1970.

13) Treaty for East African Co-operation, Nairobi 1967; vgl. auch A. Hazlewood, The East African Common Market: Importance and Effects, in: Oxford University Institute of Economics and Statistics Bulletin, Bd. 28, 1966, S. 1–18

14) Währungseinheit war bis 1966 gemeinsam mit Uganda und Tanzania der East African Shilling. Jetzt hat Kenya wie diese Länder eine eigene Währung, den Kenya Shilling. Seine Kaufkraft ist relativ stabil, die Bank of Kenya steuert Geldvolumen und Devisenkontrolle. Die ausländischen Währungsreserven Kenyas betragen vor der Abwertung des Pfund Sterling 45 Mill. K£, erhöhten sich danach wieder langsam und wurden für Ende 1969 auf rund 45 Mill. K£ beziffert.

15) Vgl. Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Vereinigten Republik Tanzania, der Republik Uganda und der Republik Kenya und beigefügte Dokumente. Rat der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968.

16) Vgl. U. E. Simonis, Struktur- und Integrationsprobleme einer wachsenden Wirtschaft – Das Beispiel Zambia, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 20. Jg., 1969, 10, S. 605 ff.

17) An multilateraler Entwicklungshilfe (Nettoleistungen) waren Kenya in den Jahren 1960–1965 8,57 Mill. Dollar zugeflossen; die bilateralen öffentlichen Nettoleistungen der DAC-Länder erreichten in diesem Zeitraum 311 Mill. Dollar, von denen über 85 % von Großbritannien, 9 % von den USA und 3 % von der BRD aufgebracht wurden. Pro Kopf der Bevölkerung betrug die Hilfe 1965 rund 7,5 Dollar. Im Vergleich: 20 Länder Afrikas erhielten weniger als 3 Dollar, 18 Länder mehr als 10 Dollar pro Kopf („Pearson-Bericht“, a. a. O., S. 271). Die gesamten Nettoleistungen der BRD (öffentliche und private Leistungen einschl. garantierter Exportkredite) betragen zwischen 1950 und 1967 184,5 Mill. DM; die wichtigsten geförderten Projekte lagen im Bereich der materiellen und personellen Infrastruktur und neuerdings der Bewässerungswirtschaft. Der Bestand an deutschen Direktinvestitionen stieg von 3,8 Mill. DM Ende 1965 auf 14,7 Mill. DM Ende 1968 an. Mit der BRD bestehen bilaterale Abkommen über Handel, technische Zusammenarbeit, Kapitalhilfe, sowie Schutzverträge über Kapitalanlagen.

18) Hierzu und zur Rolle der Minderheit sei verwiesen auf: I. Rothermund, Die politische und wirtschaftliche Rolle der asiatischen Minderheiten in Ostafrika, Berlin usw. 1965;

Die Afrikanisierungs-Bestrebungen Kenyas, Bundesbildstelle für Außenhandelsinformation, Mitteilungen, 18. Jg., Nr. 77; Im Frühjahr 1966 verlautete, daß ca. 730 nichtkenianischen Händlern die Lizenzen nicht mehr erneuert würden; insgesamt wird erwartet, daß ca. 3000 Lizenzen von diesen Maßnahmen betroffen sind und nicht erneuert werden.

19) Vgl. P. G. Clark, Development Planning in East Africa, Nairobi 1965.